

TTIP untergräbt die Demokratie

Peter Wahl

WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.
Wissenschaftlicher Beirat von Attac Deutschland

Zusammenfassung d. Impulsvortrags bei der KAN-Tagung, 10.02. 2016

1. Gesellschaftspolitisches Großprojekt

TTIP ist mehr als ein herkömmliches Handels- und Investitionsabkommen. Durch die Einbeziehung von Dienstleistungen, darunter solche der Daseinsvorsorge wie Gesundheit, Bildung, Altersversorgung, sowie Infrastruktur, öffentliche Beschaffung und geistiges Eigentum greift es in lebensweltlichen Nahbereich der Bürgerinnen und Bürger ein und kann zu weitreichenden Konsequenzen führen. TTIP ist ein gesellschaftspolitisches Großprojekt.

2. Demokratie – es geht nicht nur um Transparenz

Vor dem Hintergrund der potentiell weitreichenden Folgen muss eine gründliche und offene Diskussion über alle Aspekte des Abkommens gewährleistet sein. Daher ist die intransparente Verhandlungsführung unvereinbar mit demokratischen Standards. Allerdings gehen die für die Demokratie problematischen Dimensionen von TTIP weit über das Transparenzproblem hinaus.

3. Verhandlungsstrategische Tricks

Die Verabschiedung des Abkommens soll als „*single undertaking*“ erfolgen. Zwar müssen die nationalen Parlamente in der EU TTIP ratifizieren, doch können sie das nur als Gesamtpaket. Anders als im normalen Gesetzgebungsverfahren können Einzelheiten nicht verändert werden. Das stellt die Abgeordneten vor die Alternative *Alles oder nichts* und bedeutet einen enormen Zustimmungsdruck, selbst wenn das Abkommen viele problematische Elemente enthält.

Auch das *Negativlistenverfahren* gehört in diesen Zusammenhang. Es bedeutet, dass Ausnahmen nur für ausdrücklich im Abkommen gelistete Bereiche oder Produkte gelten (*list it or lose it*). Wenn nach Abschluss von TTIP Innovationen entstehen, werden diese automatisch in das Abkommen einbezogen.

4. Investor-Staat-Klage-Verfahren (ISDS)

ISDS ist eine Sondergerichtsbarkeit, die Unternehmen mit Sonderprivilegien ausstattet. Da sowohl die USA als auch die EU rechtsstaatlich verfasst sind, gibt es keine Rechtfertigung für Sondergerichtsbarkeit. Es wird ja auch Gewerkschaften oder zivilgesellschaftlichen Akteuren kein Sonderklagerecht gegen Unternehmen gewährt. Daher ist ISDS der Versuch, die Kräfteverhältnisse zwischen Unternehmen - und damit partikularen Interessen - und Staat, der das Gemeinwohl vertreten soll, strukturell zugunsten der Partikularinteressen zu verschieben. ISDS ist die Transnationalisierung eines *neoliberalen Konstitutionalismus*.¹ Daran ändert auch der Kompromissvorschlag, einen Handelsgerichtshof zu installieren, nichts. Daher ist es zu begrüßen, wenn sich inzwischen auch der *Deutsche Richterbund* der Ablehnungsfront angeschlossen hat.

5. Regulatorische Zusammenarbeit

Mit der Etablierung eines ständigen Ausschusses zur „regulatorischen Zusammenarbeit“ sollen bereits im Vorfeld des ordentlichen Gesetzgebungsprozesses handelspolitische Lobbyinteressen auf offiziöse Weise institutionalisiert werden. Dies trägt dazu bei, die ohnehin schon bestehende Tendenz zur Verlagerung von Entscheidungsprozessen in intransparente, außerparlamentarische Gremien zu verlagern und ist eine Schwächung der Rolle des Souveräns der Demokratie, nämlich des Parlaments und jener, die es gewählt haben.

6. Geopolitische Sackgasse

Da sich die ursprüngliche Begründung für das TTIP – Wachstum und Arbeitsplätze – inzwischen als ziemlich substanzlos erwiesen hat, werden neue Begründungszusammenhänge nachgeschoben, so das geopolitische Narrativ. Demnach komme es darauf an, angesichts des Aufstiegs der Schwellenländer und der Transformation des internationalen Systems hin zu einer multi-polaren Weltordnung, die Reihen des Westens zu schließen.

Das ist der Rückgriff auf die jahrtausendalte Methode der Beschwörung eines äußeren Feindes und die Mobilisierung von Wagenburgmentalität.

Der Anspruch eines Handelsblocks, der derzeit noch 12% der Weltbevölkerung ausmacht, dem Rest der Welt die Regeln diktieren zu wollen, ist jedoch nicht nur vor-demokratisch. Er untergräbt den Multilateralismus, insbesondere die Welthandelsorganisation (WTO) und wird überdies nicht funktionieren. Es ist heute illusionär zu glauben, China, Indien, Brasilien, Russland u.a. Schwellenländer würden sich dem beugen. Indem TTIP so die Entstehung von geopolitischen Blöcken, den Anstieg von Konflikt und Konkurrenz befördert, ist es eine Art Deglobalisierung, die langfristig gegen die Interessen der USA und der EU zurückschlagen werden. Stattdessen braucht die globalisierte *Eine Welt* heute Kooperation und fairen Interessenausgleich zwischen allen Ländern.